

Niederschrift

zur 3. Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2019/2024)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 23.10.2019	18:30-20:32 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

Anwesenheit

Vorsitz

Lars Aulich

Fraktion DIE LINKE

Peter-Martin Mattigk , Gerold Sachse

CDU-Fraktion

Uwe Koch, Jürgen Teichmann

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Thomas Fischer, Kai Hamacher

SPD-Fraktion

Sebastian Rausch

Alternative für Deutschland (AfD)

Axel Fachtan

Bündnis 90/Die Grünen

Jens-Olaf Zänker

Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann, Jürgen Hajduk, Veronika Kuo

Verwaltung

Matthias Rudolph, Melanie Brückner , Jens Mörsel

Abwesend

FDP-Fraktion

Reinhard Ksink

Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Frau Brückner bittet um die Aufnahme eines weiteren Tagesordnungspunkts aufgrund von Eilbedürftigkeit. Am 22.10.2019 ist der Widerspruchsbescheid zur Kreisumlage im Rathaus eingegangen. Da es auf ein Gerichtsverfahren hinauslaufen könnte, sollte dies im nicht öffentlichen Teil besprochen werden.

Herr Fischer würde den Antrag zum Livestreaming von der TO nehmen, da dieser beschlossen ist. Herr Mörsel kündigt für den TO eine kurze Information an.

Zustimmung mit Änderung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 4 Niederschriften vom 8.5.19 und 28.8.19 und Fortsetzungssitzung am 2.9.19

keine Abstimmung

TOP 5 Informationen des Vorsitzenden

Erinnerung an Haushalts Klausurtagung am 26.10.2019

TOP 6 Einwohnerfragestunde

keine

TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung

TOP 7.1 Feststellung des Abstimmungsergebnisses zum Bürgerbudget 2020 7/DS/059

Herr Mörsel gibt Informationen zum Tag der Entscheidung und der Drucksache. Am 29.09.2019 fand der Tag der Entscheidung gemeinsam mit dem 1. Fürstenwalder Erntefest statt. Insgesamt kamen 1080 Abstimmer in das Alte Rathaus, 93 haben die neue Möglichkeit der Vorab-Abstimmung genutzt. Eine detaillierte Auswertung erfolgt in einer der nachfolgenden Sitzungen. Am Abend des 29.09. standen sieben Gewinner fest. Am Morgen des 30.09. signalisierte der Achteplatzierte, dass er mit den verbleibenden 12.707,71€ auskommt. Somit können 2020 acht Projekte umgesetzt werden.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss Haushalt, Finanzen und Bürgerbudget stellt das Abstimmungsergebnis mit 7 Siegevorschlägen und einem Budget von 80.000 € fest.

Zustimmung Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

TOP 7.2 Haushaltssatzung 2020

7/DS/043

Frau Brückner stellt die wesentlichen Inhalte des Haushalts 2020 anhand einer Präsentation dar. Zum Punkt „Ausbau der Lindenstraße“ erläutert Frau Brückner die Ausgleichszahlung der Straßenausbaubeiträge vom Land. Ein Bescheid für 2020 für den Mehrbelastungsausgleich liegt vor und ist in den Einzahlungen dargestellt. Es handelt sich um eine Pauschale von 1.400€ pro Straßenkilometer die jährlich vom Land gezahlt werden. Wenn das Geld nicht für diesen Zweck verbraucht wird, kann dies anderweitig verwendet werden. Im Städte- und Gemeindebund ist man sich einig, dass man einen Spitzenausgleich beantragen wird. Allerdings wurde dazu bisher keine Richtlinie verabschiedet. Auf Nachfrage erläutert Herr Rudolph die Kosten für den Punkt Feuerwehr. Es handelte sich u.a. um ein Wechselladerfahrzeug, Container und ein Rettungsboot.

Herr Koch hinterfragt, warum die Personalkosten von Jahr zu Jahr ansteigen. Herr Rudolph entgegnet, dass durch viele altersbedingte Abgänge der Know-how Verlust durch längere Einarbeitungsphasen der Nachfolger kompensiert werden soll. Somit sind die Stellen zeitweise doppelt besetzt. Im Rahmen der Umstrukturierung werden zudem neue Stellen geschaffen. Die Hauptaufgabe des Personalamts sind die Besetzungen. Notwendige Planungen/Konzeptionen haben derzeit eine geringere Priorität.

Auf Nachfrage erklärt Herr Rudolph den Begriff Festwerte.

Es gibt zwei Möglichkeiten in der kommunalen Doppik:

1. Investitionen über den Investitionsplan → in die Bilanz aufzunehmen und abzuschreiben.
2. für bestimmte Güter (Laterne, Schilder, Bänke, Kitaeinrichtung) die bestimmte Kriterien erfüllen kann ein Festwert gebildet werden. Diese werden nicht abgeschrieben, da diese Objekte ohnehin einer permanenten Abnutzung unterliegen und „regelmäßig“ ausgetauscht werden. Die Planung findet im Haushalt der laufenden Verwaltung statt, wird dementsprechend als Aufwand gebucht. Dies ist auch für Grünflächen möglich (z.B. Kleine Freizeit).

Herr Hajduk hinterfragt die Differenz in den Einzahlungen in den Jahren 2020 und 2021. Aufgrund von Mehrerträgen in 2019 verändert sich die Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2021. Die Umlagegrundlagen wirken zwei Jahre zurück, so Herr Rudolph.

TOP 7.3 Quartalsbericht zum Vollzug des Haushaltes 2019

Frau Brückner stellt den wesentlichen Inhalt der Informationsdrucksache vor. Mit Stand 30.09. ergibt sich ein Gesamtüberschuss von 12,8 Mio. Euro. Insbesondere resultiert dies aus Mehreinnahmen der Gewerbesteuer und insgesamt weniger Ausgaben. Dies entspricht einem Erfüllungsstand der laufenden Verwaltung von 106%, und 85,78% im Aufwand. Die Zahlen deuten auf einen planmäßigen Haushaltsvollzug hin. Auch im Bereich des Finanzhaushalts kann der Schuldendienst planmäßig bedient werden. Der Kassenkreditbestand zum 30.09. beträgt 8,8 Mio. Euro. Trotz des positiven Haushaltsvollzugs ermahnt Frau Brückner sparsam zu sein, um den Kassenkredit stetig zu reduzieren.

Herr Sachse fragt, wie der Kassenkredit auch im Plan abgebaut werden kann? Herr Rudolph entgegnet, dass bereits an einer Lösung gearbeitet wird. Die Bereinigung ist mit hohem Aufwand verbunden und setzt die Rückrechnung bis zur Einführung der Doppik voraus.

Herr Hajduk ist verwundert, dass der Kassenkreditbestand so schnell abgebaut wurde. Frau Brückner erwidert, dass dieser hohen Schwankungen unterliegt und erst kürzlich 3 Mio. Euro neu aufgenommen wurden.

Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 7.4 Antrag der BFZ-Fraktion: Liveübertragung und Aufzeichnung der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse 7/AN/023

Herr Mörsel zeigt in einer kurzen Präsentation sowie den Internetseiten der Städte Bernau und Hohen Neuendorf einige Beispiele und technische Rahmenbedingungen wie Livestreaming in Kommunen bereits praktiziert wird. Verschiedene Aspekte sind zu berücksichtigen. 1. Alle Ausschüsse müssten im Festsaal stattfinden, da dort die Technik installiert werden würde. 2. Der Datenschutz der Bürger/Zuschauer muss gewahrt werden. Dazu muss ein Bereich hinter der Kamera geschaffen werden, was eine Sitzordnung in Zweierreihen erfordert. 3. Das streamen selbst soll über einen Drittanbieter erfolgen, da dies nicht über den Stadtserver erfolgen kann. 4. Bei Auslagerung an eine Fremdfirma ist mit mindestens 40.000€ Kosten pro Jahr zu rechnen.

Herr Hamacher und Herr Mattigk sehen keine Probleme in Sachen Datenschutz für die Bürger. Allerdings klärt Herr Rudolph auf, dass die Rechte für diese Gruppe und auch Verwaltungsmitarbeiter zu schützen sind. Herr Teichmann wünscht sich eine Statistik der Zugriffe. Die Verwaltung bejaht. Herr Rausch bittet um Prüfung wie die Handhabung ist, wenn ein Stadtverordneter gegen die Aufzeichnung ist. Der Ausschuss gibt Herrn Mörsel ein Feedback in Richtung der Variante „Hohen Neuendorf“ weiter zu recherchieren.

TOP 7.5 Richtlinie zur Finanzierung von Kindertagesstätten in freier und privater Trägerschaft der Stadt Fürstenwalde/Spree - Kita-Finanzierungsrichtlinie (KitaFR) 7/DS/029

Seitens der Verwaltung gibt es keine Erläuterung zur Drucksache. Herr Fischer fragt, ob es korrekt ist, dass die Stadt ab dem ersten Tag 100% der Personalkosten für freie Träger deckt? Herr Rudolph bejaht. Vorausgesetzt, die Aufnahme in den Kitabedarfsplan ist absehbar. Bei der Allgemeinkostenersatzung des Landkreises gibt es noch immer Differenzen in den Beträgen. Diese entstehen, da die Kitaleiter/innen an der Arbeit am Kind freigestellt und ständige Vertretungen eingerichtet sind. Die Regularien beziehen sich auf die „Durchschnittserzieherin“ mit der Lohngruppe S8a. Allerdings wird danach derzeit nicht aktiv gesucht, da die Personalkapazitäten anderweitig gebraucht werden. Herr Sachse merkt an, dass die freien Träger alle Sachkosten bei der Stadtverwaltung abrechnen können, wohingegen die eigenen Einrichtungen ihre Anschaffungen über den knappen Investitionshaushalt anmelden müssen. In diesem Zusammenhang wäre es interessant zu wissen, ob der Anteil der Mindestbeitragszahler in städtischen und privaten Einrichtungen gleich ist. Herr Rudolph merkt an, dass das Kitagesetz grundlegend überarbeitet werden muss. Er betont, dass die neue Richtlinie keine merklichen Einsparungen bringen wird.

TOP 7.6 Sitzungsplan 2020

Her Hajduk merkt an, dass nicht jeder Ortsbeirat 1 Mal im Monat tagen wird. Herr Rausch regt an, die Stadtverordnetenversammlung öfter stattfinden zu lassen. Herr Koch entgegnet, dass dies durch die ferienbedingten Pausen nicht möglich ist.

TOP 8 Informationen der Verwaltung

keine

TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses

Auf Nachfrage von Herrn Fachtan informiert Herr Rudolph, dass er und Frau Brückner an der Klausurtagung zum Haushalt des Kreises teilnehmen.

TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung

Lars Aulich

Jens Mörsel

Vorsitzender

Schriftführer